

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2 Georgien - THU/LIV

Bern, 12. Oktober 1993

**Sitzung der Aussenpolitischen Kommission
des Ständerats; 21./22. Oktober 1993**

Georgien und der Abchasienkonflikt

1. Einführung

Auf den Tag zwei Jahre nach der blutig niedergeschlagenen Demonstration vom 9. April 1989 in Tiflis erklärte sich Georgien für unabhängig¹; fünf Wochen später wurde S. Gamsachurdia mit 86.5% zum Staatspräsidenten gewählt. In der Folge wurde dem Vorsitzenden der Koalition "Runder Tisch - Freies Georgien", welche aus den Parlamentswahlen vom Oktober 1990 als Siegerin hervorgegangen war, vorgeworfen, er missbrauche seine Macht, schränke die Pressefreiheit ein, unterdrücke die Opposition und schüre die Minderheitenkonflikte. Im August 1991 trat Premierminister T. Sigua (zum ersten Mal) zurück. Er verbündete sich mit dem aus seinem Amt entlassenen Aussenminister A. Koštaria und dem Chef der georgischen Nationalgarde, T. Kitowani, gegen Gamsachurdia, was am 22. Dezember 1991 zum Sturm auf den Regierungspalast und zur Flucht des Präsidenten in die tschetschenische Hauptstadt Grosnij führte. E. Ševardnadse kehrte im Frühjahr 1992 nach Tiflis zurück, trat am 10. März 1992 an die Spitze des Staatsrats und wurde nach den Parlamentswahlen vom Oktober 1992 zum Parlamentsvorsitzenden gewählt.

Über die Amtstätigkeit des ehemaligen sowjetischen Aussenministers bestehen verschiedene Ansichten, auf die an dieser Stelle nicht umfassend eingegangen werden können. Folgende Beurteilungselemente sollten jedoch berücksichtigt werden: Kurz nachdem die 234 Sitze des Einkammerparlaments unter den 26 vertretenen Parteien, bzw. den elf daraus entstandenen Fraktionen aufgeteilt waren, verabschiedeten die Deputierten das "Gesetz über die Staatsmacht" und das "Gesetz zur Neuregelung der Parlamentsgeschäfte", mit denen die Kompetenzen der Volksvertretung gegenüber jenen des Staatsoberhauptes wesentlich ausgebaut wurden². So ist es im Gegensatz zu den entsprechenden Verordnungen unter

¹ Der im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen in Moskau besser bekannt gewordene "Verteidigungsminister" des Parlaments, V. Ačalov, hatte sich damals massgebend am Einsatz der sowjetischen Sicherheitskräfte beteiligt. Mindestens 20 Personen, überwiegend Frauen, wurden durch Stechspaten oder das eingesetzte Giftgas getötet; über 3'000 Demonstranten wurden verletzt. Das brutale Vorgehen der sowjetischen Truppen führte zu einer beschleunigten Loslösung von Moskau und bildete ein wesentliches Element beim ablehnenden Entscheid Georgiens in der Frage der GUS-Mitgliedschaft im Dezember 1991. Die Warnungen P. Gračëvs vor V. Ačalov bezogen sich insbesondere auf die Ereignisse vom April 1989 in Tiflis.

² Die 26 Parteien lassen sich aufgrund ihrer Programme nur schwierig einordnen. Etwas vereinfacht können die "Vereinigten Traditionalisten" (8 Sitze), die "Nationale Unabhängigkeitspartei" (4 Sitze), die "Charta 91" (9 Sitze), der "Merab Koštava Verein" (7 Sitze) und die "Ilya Čavčadse-Gesellschaft" (7 Sitze) zur deutlichen Ševardnadse-Opposition gezählt werden, während die "National-Demokraten", "die Grünen", "die Liberalen" und "die Demokraten" den eigentlichen Reformkräften zuzurechnen sind.



S. Gamsachurdia dem Parlament vorbehalten, Neuwahlen anzusetzen. Das Staatsoberhaupt kann mit einer 2/3-Mehrheit abgesetzt und ein allfälliges Veto Ševardnades überstimmt werden. Das Parlament kann die Nominierung des Premierministers und seines Kabinetts, des Generalstaatsanwalts, des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs und des Präsidenten der Nationalbank blockieren. Es hat jederzeit die Möglichkeit, über das Vertrauen in die bestehende Regierung abzustimmen (wenn dies 1/5 aller Abgeordneten fordert) und muss einer allfälligen Erklärung des Ausnahmezustands zustimmen. Darüber hinaus erhielten die Parlamentskommissionen, welche die Umsetzung der verabschiedeten Gesetze zu überprüfen haben, weitreichende Kompetenzen, was - zusammen mit der Regelung, wonach der Vorsitz dieser Kommissionen mehrheitlich der Opposition zugesprochen wird - zu einem vielleicht ineffektiven aber bestimmt nicht autoritären Geschäftsbetrieb führte. Insbesondere um die Integration der Minderheiten zu fördern, schuf Ševardnadse zusätzliche "Ad-hoc-Kommissionen", wie der Rat des Staatsoberaupts oder die Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung³.

Der Eindruck, dass Ševardnadse seine Position nicht durch den Ausbau seiner persönlichen Macht, sondern durch die Integration der wesentlichen politischen Kräfte zu konsolidieren versuchte, wurde im Vorfeld des schliesslich am 11. September 1993 verabschiedeten Gesetzes über die Regierungsreform bestätigt. Die Auflösung des Präsidiums des Staatsrats - der eigentlichen Exekutiv- und Legislativgewalt bis zum Herbst 1992 - führte zur Konstruktion eines sorgfältig abgestimmten Gleichgewichts in der Regierung T. Siguas⁴. Obwohl Ševardnadse in der Folge mit der zögernden Reformpolitik des Kabinetts nicht einverstanden war, stemmte er sich aus Angst, dass eine Zerstörung dieses Gleichgewichts weitreichende Folgen haben könnte, gegen die Forderungen der Nationaldemokraten und Republikaner, welche im Sommer dieses Jahres die Absetzung Siguas und dann eine Regierungsreform verlangten. Dass die Entlassung des Premierministers und seines Kabinetts Anfang August 1993 auf Druck Ševardnades zu Stande gekommen sei, wie in einzelnen Pressemeldungen zu lesen war, oder dass er den oben erwähnten Innenminister T. Kachišvili entlassen hatte, um seinen eigenen Einflussbereich zu sichern, dürfte, zumindest in dieser Form, nicht der Wahrheit entsprechen.

Die Hintergründe des Abschieds Kachišvilis, welche in der Rücktrittsrede Ševardnades vom 14. September 1993, bzw. dem dabei vorangegangenen Votum Josselianis ausführlich diskutiert wurden, geben im Gegenteil ein aufschlussreiches Bild der innenpolitischen Verwirrungen in Georgien. Als Ševardnadse Ende Juli 1993 Suchumi einen Besuch abstattete, gab er gemäss eigenen Angaben Kachišvili den Auftrag, in der von den Streitkräften Gamsachurdias bedrohten Stadt Senaki den Widerstand zu organisieren. Als Ševardnadse aus Suchumi nach Tiflis zurückkehrte, musste er vernehmen, dass Senaki von den Truppen L. Kobalias eingenommen worden und der Innenminister in Rustavi (Kleinstadt im Südwesten von Tiflis) am Schlafen war. Das Staatsoberhaupt weckte deshalb seinen Minister, der ihm erklärte, er habe seinen Stellvertreter A. Osadze nach Senaki entsandt. Darauf versuchte Ševardnadse Osadze zu erreichen und fand ihn schliesslich in Tskaltubo (bei Kutaisi), ebenfalls im Bett. Weder Kachišvili noch Osadze wussten von der Einnahme der strategisch wichtigen Stadt, worauf sich Ševardnadse entschloss, beide zu entlassen.

³ Gegenwärtig sind nur 222 der 234 Sitze des Parlaments besetzt, da sich Abchasien, Südossetien und Mingrelien nicht vertreten lassen. Unter den Parlamentsabgeordneten gibt es ein Abchase, ein Grieche, zwei Armenier, aber keine aserbajdschanischen oder ossetischen Deputierten.

⁴ So versuchte Ševardnadse den mit der Auflösung des Staatsrats verbundenen Machtverlust von J. Josseliani und T. Kitovani abzufedern, indem er die Ernennung von J. Batiašvili und T. Kachišvili (zwei Vertraute Josselianis) ins Kabinett von T. Sigua (ein Freund Kitowanis) unterstützte.

Dass eine nähere Betrachtung der Verhältnisse die ab und zu geäusserten Vorwürfe, wonach Ševardnadse selbstherrlich oder ähnlich autoritär wie Gamsachurdia regiere, oft relativiert, zeigt auch die Diskussion über die Einführung des Ausnahmezustands. Fast gleichzeitig mit der Einsetzung der neuen Regierung unter Otar Patsatsia sprach sich Ševardnadse angesichts der Lage in Westgeorgien und den schwierigen sozialen Bedingungen im Rest des Landes für die Einrichtung eines "Notstandsregime" aus. Er wies jedoch darauf hin, dass ein Ausnahmezustand gegen den Willen der Mchedrioni⁵ kaum durchgesetzt werden könne. Jaba Josseliani, der Anführer der Mchedrioni-Einheiten, protestierte heftig gegen die Absichten Ševardnadses und verglich ihn mit Swiad Gamsachurdia, worauf Ševardnadse am 14. September 1993 vor dem Parlament seinen Rücktritt bekanntgab. Nach einem kurzen Unterbruch der Session klärte Justizminister T. Ninidse das Staatsoberhaupt darüber auf, dass es nur mit der Zustimmung der Parlaments-Deputierten zurücktreten könne. Letztere lehnten den Rücktritt jedoch mit 149 zu einer Stimme ab. Die Demonstrationen zugunsten Ševardnadses und die Aufforderungen der Regierung, des Oberhauptes der georgisch-orthodoxen Kirche, Ilija II, und anderer Persönlichkeiten aus den Provinzen, auf den Entscheid zurückzukommen, bewogen Ševardnadse, den Vorsitz des Parlaments weiter auszuüben. Das Parlament beschloss noch in der Nacht auf den 15. September 1993, den Ausnahmezustand auszurufen und vertagte sich bis auf den 20. November 1993. Zum Vorsitzenden des "provisorischen Komitees für den Ausnahmezustand" ernannte Ševardnadse am 1. Oktober 1993 Jaba Josseliani (!).

2. Letzte Entwicklungen in Abchasien

Der Begriff "Georgier" ist deshalb leicht irreführend, weil er impliziert, für die Bewohner des Landes eine weitgehend ähnliche Bedeutung zu tragen, wie der Ausdruck "Franzose" in Frankreich oder der Begriff "Österreicher" in Österreich. Die Georgier sind aus der Vereinigung der autochtonen Stämme der Kartlier, Kachetier, Imerelier, Račvelier, Tuša, Dšavachen, Gudamakaren, Mochevi, Chevsuren, Meš'chier, Ingiloi, Psavelier, Mtuilier, Gurier, Lečchumelier und Adšaren hervorgegangen, und das Bewusstsein, einem dieser Völker anzugehören, ist in einigen Fällen noch heute weitaus stärker als das Gefühl, "Georgier" zu sein. Deutlicher noch heben sich die rund 90'000 Abchasen vom Rest der Georgier ab. Sie sind zum grössten Teil sunnitische Muslime und ethnisch eher mit den Adigeyern, Čerkessen und Kabardinern im Nordkaukasus Russlands verwandt als mit den südostkaukasischen Völkern. Das 8'600 km² grosse Gebiet (etwas grösser als der Kanton Graubünden) war von 1922 bis 1930 eine "unabhängige Sowjetrepublik", wie Armenien oder Weissrussland und verwaltete sich bis 1991 als ASSR in der SSR Georgien. Obwohl die Abchasen gemäss der Volkszählung 1989 nur gerade 17% der Bevölkerung der ASSR ausmachten, waren sie in allen politischen Gremien mit mindestens 40% vertreten. Mit dem Zerfall der UdSSR und der nationalistischen Politik Gamsachurdias wuchs die Angst, diese Autonomie zu verlieren, was im Juli 1992 zur Erklärung der "abchasischen Souveränität" durch den Obersten Sowjet Abchasiens unter V. Ardzinba und kurz darauf zum Einmarsch der georgischen Truppen in Suchumi führte (14. August 1992). Es folgte ein zermürender Krieg, der über 3'000 Menschenleben forderte und mit dem dritten Waffenstillstandsabkommen von Soči (27. Juli 1993) ein vermeintliches Ende fand. Das Abkommen verlangte den Rückzug der georgischen Truppen aus der im Mai dieses Jahres definierten Konfliktzone und bildete die Grundlage für eine bis zum 16. September 1993

⁵ "Mchedrioni". eigentlich "Kämpfer", sind paramilitärische Einheiten, welche massgebend zum Sturz Gamsachurdias beigetragen haben. Sie sind ihrem Anführer Josseliani weit mehr verbunden als dem georgischen Staat, auch wenn sie in der Zwischenzeit in die militärischen Streitkräfte Georgiens eingebunden worden sind.

weitgehend eingehaltene Waffenruhe.

Die Angriffe abchasischer Truppen auf verschiedene Dörfer im Očamčirskij-Rayon setzte dem gut 50-tägigen "Frieden" ein abruptes Ende. Dabei machte der Pressedienst des abchasischen Parlaments mit Sitz in Gudauta die georgische Belagerung der Stadt Tkvarčeli für die Wiederaufnahme des Kriegshandlungen verantwortlich und beschuldigte Tiflis, den Rückzug der Truppen aus Suchumi unverhältnismässig lange verzögert zu haben. Am 27. September 1993 fiel Suchumi in die Hände der abchasischen Streitkräfte und bis Anfang Oktober hatten die Aufständischen auch Očamčira, Tkvarčeli, Gali und damit das ganze abchasische Territorium bis zum Grenzfluss Inguri unter ihre Kontrolle gebracht. Gemäss Angaben des Stabschefs Ševardnadse, V. Lordkipanidse, waren allein in der Woche vom 16. bis zum den 24. September 1993 auf georgischer Seite 246 Tote und 2'500 Verletzte zu verzeichnen. 126 Personen fanden beim Abschuss der Tu-134- und Tu-154-Maschinen über Suchumi den Tod. Durch die Einnahme der grösstenteils von Georgiern bewohnten Städte waren bis zu 200'000 Menschen zur Flucht gezwungen worden. .

Zusätzlich erschwert wird die Befriedung Westgeorgiens durch die eingangs erwähnten Angriffe der Gamsachurdia-Anhänger auf verschiedene Städte in Mingrelien (Senaki, Samtredia, Choni). Der Ex-Präsident hatte sich vorübergehend in seine nähere Heimat um Sugdidi begeben, um von dort aus den Kampf gegen die Abchasen und seinen Nachfolger besser organisieren zu können. Obwohl die unter L. Kobalia kämpfenden ⁶Swiadisten am 18. September 1993 mit der Regierung Patsatsia ein "Zusammenarbeitsabkommen" zur Rückeroberung Suchumis unterzeichnet hatten, dauern die Kämpfe zwischen Swiadisten und Regierungstruppen um die (aufgrund ihrer Eisenbahnverbindungen zum Schwarzen Meer) wichtigen Städte an. Gamsachurdia, der sich gemäss letzten Meldungen wieder in Grosnij aufhalten soll, hatte Ševardnadse mehrmals zum Rücktritt aufgefordert und seinen Anspruch auf die Führung des Landes mit einer am 30. September 1993 erlassenen Generalmobilmachung zum Kampf gegen Ševardnadse unterstrichen. Am 1. Oktober 1993 nahmen die Anhänger Gamsachurdias den stellvertretenden Innenminister G. Gulua gefangen und in Sugdidi wurden 150 Polizisten, welche in Abchasien gekämpft hatten, von Swiadisten entwaffnet. Ševardnadse seinerseits bot seinem Rivalen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1994 an, machte dies aber von der Ausarbeitung des neuen Verfassungsentwurfs und einer sofortigen Waffenruhe abhängig. Betroffen von den nach wie vor anhaltenden Kämpfen sind vor allem die Flüchtlinge aus Abchasien, welche aufgrund der Kämpfe westlich von Zestafoni gezwungen sind, in die Berge (Provinz Svaneti) auszuweichen. Gemäss eines georgischen Radioberichts warten allein in Čuberi, einem kleinen Dorf in der erwähnten Provinz, über 30'000 Flüchtlinge auf Kleider und Nahrungsmittel. In der Zwischenzeit hat Ševardnadse die Provinz Svaneti zum Katastrophengebiet erklärt.

⁶ "Swiadisten" ist der in Georgien gebrauchte Ausdruck für die Anhänger von Swiad Gamsachurdia.

3. Die Rolle der Russen

Sokrat Džindžolia, der erste stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjets Abchasiens, verwarf sich in einer gegenüber Interfax gemachten Stellungnahme (29. September 1993) gegen die Behauptung, wonach Suchumi von russischen, tschetschenischen und abchasischen Truppen erobert worden sei. Es könne nicht bestritten werden, dass sich Kämpfer verschiedener Nationalitäten an der Rückeroberung Abchasiens beteiligt hätten, doch wären 90% aller auf ihrer Seite beteiligten Soldaten Abchasen, meinte er gegenüber der Nachrichtenagentur. Es bestehen allerdings einige Zweifel, ob diese Angaben der Wahrheit entsprechen, auch wenn der "völlig desorganisierte Zustand in der georgischen Armee" (J. Josseliani) in die Beurteilung des numerischen Ungleichgewichts zwischen Abchasen und Georgiern miteinbezogen wird.

Näher an der Realität dürften jene Berichte liegen, welche in diesem Zusammenhang von beträchtlichen Truppenkontingenten aus dem Nordkaukasus und einer massiven materiellen (und nachrichtendienstlichen) Unterstützung der abchasischen Streitkräfte aus allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion sprechen. Bestätigt werden derartige Vermutungen etwa durch Meldungen aus der kabardinischen Hauptstadt Nał'čik, wo der kabardinische Volkskongress und die Bewegung Adyge Kašo zu Grossdemonstrationen gegen die von Moskau beschlossenen Wirtschaftssanktionen gegen Abchasien aufgerufen und die Rückkehr "ihrer Truppen" nach Abchasien gefordert haben (19. September 1993). Der Oberkommandierende der Truppen der Kaukasus-Konföderation hat "seine Truppen" am 20. September 1993 in höhere Alarmbereitschaft versetzt, um sie jederzeit ins Kampfgebiet zurückzubeordern zu können, und der Chef der Truppen des georgischen Innenministeriums, V. Čikovani, beklagte sich Ende September 1993, dass Russland seine sich selbst auferlegte Aufgabe als Garant des Abkommens vom 27. Juli 1993 nicht erfülle, da es wiederholt paramilitärische Einheiten aus dem Nordkaukasus habe die Grenze passieren lassen.

Wieweit sich Moskau tatsächlich im Abchasienkonflikt engagiert, bleibt schwierig festzustellen. Die ersten Vermittlungsversuche, welche der russische Präsident B. El'cin anregte, fanden bereits in den Wochen nach dem Ausbruch der Auseinandersetzungen vom August letzten Jahres statt. Allerdings wurde das Abkommen vom 3. September 1992 zwischen V. Ardzinba, E. Ševardnadse und B. El'cin durch den damaligen Verteidigungsminister Georgiens, T. Kitovani, umgangen, sodass sich Moskau im Herbst 1992 gezwungen sah, einen Teil der russischen Bevölkerung aus Abchasien zu evakuieren. Dass ein dabei eingesetzter Transporthelikopter von georgischen Truppen abgeschossen worden war, mag die logistische Unterstützung der abchasischen Einheiten durch konservative Militärs der russischen Armee verstärkt haben, doch lagen die Sympathien nach den Äusserungen Kitovanis, wonach die russischen Einheiten ihre Anlagen in Ešera und Gudauta zu räumen hätten, ohnehin bei den Abchasen. Kurz nach der Entlassung des umstrittenen Verteidigungsministers kam es am 20. Mai 1993 zum zweiten Waffenstillstandsabkommen, das allerdings gebrochen wurde und schliesslich - durch Vermittlung des stellvertretenden Aussenministers Russlands, B. Pastuchov, - am 27. Juli 1993 zur Unterzeichnung des dritten unter Ziffer 2 erwähnten Übereinkommens von Soči.

Obwohl es allen Beteiligten bewusst war, dass Moskau mit den Vermittlungsbemühungen auch Eigeninteressen verfolgte, erkannte insbesondere Ševardnadse, dass ohne eine Mitwirkung der russischen Regierung der Konflikt in Abchasien nicht beizulegen ist. Unter dem von ihm geprägten Ausdruck "Der Schlüssel zur Befriedung des Abchasienkonflikts liegt in Moskau", verstand er jedoch gleichzeitig eine Kritik an der russischen Abchasien-Politik, die seiner Ansicht nach über das Interesse, den Krieg in Georgien zu einem Ende zu

bringen, hinausging. Als nur ein Tag nach den Gesprächen des georgischen Verteidigungsministers Giorgi Karkarasvili mit seinem Amtskollegen P. Gračëv in Moskau (15. September 1993) die abchasischen Einheiten den Waffenstillstand gebrochen hatten, und sich Gračëv gegenüber "Ostankino" gegen die Entsendung russischer Einheiten nach Suchumi aussprach, erinnerte er Moskau an das in Soči abgegebene Versprechen, wonach Russland die Garantie für die Einhaltung der Waffenruhe übernehmen würde. Als er zur Flucht aus der abchasischen Hauptstadt gezwungen wurde, äusserte sich Ševardnadse äusserst verbittert über die Haltung Moskaus und gab an der folgenden (jedem Montag ausgestrahlten) Talk-Show am Radio zu verstehen, dass der Plan zur Einnahme Suchumis im russischen Generalstab ausgearbeitet worden sei. An einem Gespräch mit Vertretern der russischen und georgischen Presse (28. September 1993) wies er darauf hin, dass der russische Generalstabschef Kolesnikov das Datum der Einnahme der Stadt bereits lange vor dem entscheidenden Angriff bekanntgegeben hatte, und für den nach wie vor ungeklärten Tod seines Freundes, Zuli Šartava, der als der von Tiflis eingesetzte Vorsitzende des abchasischen Ministerrates bis zuletzt in der eingekreisten Stadt Suchumi verblieben war, machte er Moskau mitverantwortlich (einzelne Stellungnahmen abchasischer Vertreter gehen davon aus, dass Šartava auf der Flucht erschossen wurde).

In der Folge relativierte Ševardnadse seine Stellungnahmen und sprach vor allem angesichts der Ereignisse vom 3./4. Oktober 1993 in Moskau von "zwei Russland", einem "demokratischen Russland", vertreten durch B. El'cin und A. Kozyrev und einem "reaktionären Russland", das durch die konservativen Kräfte in der Armee repräsentiert würde. Gegenüber den georgischen Medien erklärte er am 5. Oktober 1993, dass die grossen Probleme im Zusammenhang mit der Evakuierung der Flüchtlinge ohne die Hilfe Russlands nicht gelöst werden könnten, und während den Gesprächen mit der aus Moskau angereisten Delegation⁷ vom 3. Oktober 1993 soll er darauf verwiesen haben, dass er die Bedeutung Russlands in diesem Zusammenhang schon immer unterstrichen habe.

Trotzdem bleibt bei der Wertung des Verhältnisses zwischen Tiflis und Moskau ein zwiespältiges Gefühl. Abchasien ist heute hochverschuldet und weitgehend zerstört. Es wird im günstigsten Fall eine grosszügige Autonomie erhalten und damit in den Zustand zurückversetzt, der bereits 1991 herrschte. Georgien hat mehr als 120'000 Flüchtlinge zu betreuen und mit den durch den Krieg verschärften sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Auseinandersetzungen mit S. Gamsachurdia dürften weitergehen, und der vermeintlich leichte Feldzug gegen die Aufständischen in Suchumi hat sich als eine militärische und politische Schlappe erwiesen. Gewonnen hat eigentlich nur Moskau. Es hat bewiesen, dass Russlands Rolle in Nahen Ausland von entscheidender Bedeutung ist, es hat Georgien mit sanftem Druck in die GUS gezogen (sofern das georgische Parlament den Entscheid ratifiziert), und es hat seine militärische Präsenz im Transkaukasus gesichert. Beinahe als Quintessenz einer Analyse über die Verhältnisse in Georgien erklärte A. Kozyrev am 3. Oktober 1993 gegenüber westlichen Journalisten: "No one except Russia can play a peacekeeping role in regions of the former Soviet Union". Zu glauben, dass sich die russische Aussenpolitik in Nahen Ausland nach dem bitteren Sieg gegen die reaktionären Parlamentarier grundlegend ändern würde, könnte sich deshalb als verhängnisvoll erweisen.

Walter Thurnherr

⁷ Boris Pastuchov, Anatolij Adamišin, Fëdor Reut (der Oberkommandierende der russischen Truppen im Transkaukasus), Vladimir Zemskij (der russische Botschafter in Tiflis) und Sergei Šoygu (Vorsitzender des Staatskomitees für Notsituationen).



Georgia



Kopie:

BAWI: Staatssekretär F. Blankart
Botschafter S. Arioli

EDA: KE, DY, MYR, GRB, VDF, MER, RIA, SUT, API, KUR, DUR, WP, KJ,
EGF, MW, GLK, KO, BUU, THU

Botschaften: Ankara, Kiev, London, Moskau, Paris, Riga, Rom, Taschkent, Teheran,
Warschau, Washington

Missionen: Brüssel, Genf, New York, Wien

Botschafter J. Reverdin, BERD, London
Executive Director J. D. Gerber, Weltbank, Washington